

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei fortwährender Abnahme für Groß-Werke 4.- M., bei kleineren Postbestellungen monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Nord 2895 und 2896.

Interessante Stellen die nicht gepostet. Nonpareil-Zeitung über deren Name 1,20 M., Wortanzeigen das festgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 16 Pf. Teuerungszuschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Verfammlungen genehmigt. Alle der Zeitung fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Nord 2768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Justizschande der Republik.

## Gute Zeiten für Mörder.

Die Enthüllungen im Falle Marloh, die den Obersten Reinhard und die Staatsanwaltschaft aufs schwerste belegen, haben die Regierung in größte Verlegenheit gebracht. Zunächst bemüht sie sich den Eindruck zu erwecken, daß sie von diesen Anschuldigungen nichts gemerkt habe, ja sie rechnet es sich anscheinend als Verdienst an, sich um eine solche Kleinigkeit wie die Niedermelung von 32 Matrosen nicht gekümmert zu haben und die Dinge auch jetzt ihren Lauf nehmen zu lassen. Durch die P. P. N. wird folgendes "Dementi" verbreitet:

Es ist berichtet worden, daß der Reichspräsident Ebert und der Reichswegminister Roske in vollem Umfange und seit längerer Zeit über die kürzlich neu aufgelauchten Beschuldigungen, betreffend die Vorgänge unterrichtet seien, um derenwillen der Oberste Marloh in Anklagezustand versetzt worden sei. Hier können die P. P. N. feststellen, daß der Reichspräsident aus den letzterhöhen Beschuldigungen, die sich im besonderen gegen den Obersten Reinhard richten, erst durch die Veröffentlichung der "Zukunft" erfahren hat. Auch der Reichswegminister ist über die erwähnten Beschuldigungen nicht unterrichtet gewesen; auch er legt Wert darauf, sich in keiner Weise in das gegen Marloh schwebende Gerichtsverfahren einzumischen.

Die Herren Ebert und Roske legen demnach Wert auf die Feststellung, daß sie gegen ein Verfahren nichts einzumischen haben, das auf Grund gefälschter Tatsachenberichte, nach Unterschlagung wichtiger Akten, vor einem Militärgericht stattfinden soll. Mit dieser Feststellung übernehmen die Herren Ebert und Roske nicht nur die politische sondern auch die moralische Verantwortung für ein Verfahren, das in breiten Kreisen des Volkes als ein Schand auf die Rechtsprechung angesehen wird.

Zu unseren Anklagen gegen den Obersten Reinhard teilt das Reichswehrgroupenkommando 1 mit, daß gegen Reinhard während des schwebenden Marloh-Prozesses nicht vorgegangen werden könne. Erst das Ergebnis des Prozesses werde zeigen, ob ein Einschreiten nötig sei. Man hält es also nicht einmal für notwendig, eine Untersuchung darüber einzuleiten, inwiefern die Anschuldigungen gegen den Obersten Reinhard zutreffend sind, und dies obwohl Oberst Reinhard — und ebenso die Staatsanwälte Bumrich und Weimann — durch ihre Stillschweigen die Richtigkeit der gegen sie erhobenen Anschuldigungen eingestehen. Man will also den Prozeß vor dem Kriegsgericht stattfinden lassen, obwohl das Anklagematerial die größten Lücken aufweist, an entscheidenden Punkten gefälscht ist, und nichts unternommen wird, um diese in der Oeffentlichkeit aufgedeckten Lücken und Fälschungen festzustellen.

Inzwischen bemüht man sich, den Hauptschuldigen, den Obersten Reinhard unauffällig verdrängen zu lassen. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß Oberst Reinhard einen längeren Urlaub antritt. Kein Wort über die Ursache dieser Maßregelung, denn nur als solche kann diese plötzliche Beurteilung angesehen werden. Demnach hält selbst das Reichswegministerium den Obersten Reinhard für so schwer belastet, daß es sich gezwungen sieht, ihn in die Wüste zu schicken. Gleichzeitig jedoch bedrückt es ihn vor dem Gericht, um ihn der Strafe für seine verbrecherische Handlungswiese zu entziehen. Ein solches Verfahren läuft auf wissenschaftliche Begünstigung eines unter schwerster Anklage stehenden Beamten hinaus, an dessen Stelle nun ein Untergebener, auf Grund gefälschter Berichte, sich für dessen Verbrechen verantworten soll.

Dieses Vorspiel zum Marloh-Prozeß ist vielversprechend. Wir sehen mit großem Interesse dem neuen Divisionenpatriotischen Theater entgegen, für das schon jetzt die Kulissen zurechtgerückt werden.

## Die neue Gefangenennote.

Die Antwortnote Clemenceaus auf die deutsche Note vom 7. November lehnt eine Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen vor Inkrafttreten des Friedensvertrages ab und gestört damit aufs grausamste die Hoffnungen vieler tausender deutscher Angehöriger, die glauben, ihre Kriegsgefangenen Männer noch in diesem Winter wiederzusehen. Die Leiden der deutschen Kriegsgefangenen werden vielleicht um einen weiteren Winter verlängert; denn nach dem Verhalten des amerikanischen Senats ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages noch immer zweifelhaft und so liegt von neuem Dunkel über der Zukunft der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. Diese Nachricht ist erschütternd und niederdrückend und bleibt ein Vergehen an der Humanität, trotz der Gründe, die Clemenceau ausführt.

Zum ersten Male wird in der Note ausgesprochen, daß Frankreich die deutschen Kriegsgefangenen nicht entehren kann, weil es Arbeiter für den Aufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete Nordfrankreichs dringend braucht und weil die deutsche Regierung bisher keine freiwilligen Arbeiter zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt hat. Wer die Wästen Nordfrankreichs, die der Krieg geschaffen hat, einmal gesehen hat, der wird nicht als ungerechtfertigt oder grausam die Forderung zurückweisen, daß deutsche Arbeitskräfte das wieder aufbauen, was deutsche Geschosse zerstört haben. Auch hierin muß unser Volk die Folgen der Schuld der Männer tragen, die jetzt in freilem Uebermut sich als Ankläger des Volkes aufspielen möchten. Daß gerade unsere durch die Leiden langer Jahre schwer geprüften Kriegsgefangenen Brüder das Los trifft, diese Schuld zu sühnen, ist besonders schmerzhaft und es ist unsere Pflicht so schnell wie möglich alles zu tun, um durch die Bestellung freiwilliger Arbeitskräfte sie aus der Gefangenenshaft zu befreien. Die deutsche Regierung behauptet nun, ein großzügiges System der Ablösung der Kriegsgefangenen durch freiwillige Arbeitskräfte der französischen Regierung überreicht zu haben, die französische Regierung habe aber nur Arbeitskräfte für die reinen Aufräumungsarbeiten annehmen wollen und alle Techniker, Ingenieure und ähnliche Qualitätsarbeiter abgelehnt. Sie habe ferner von den Arbeitern verlangt, daß sie in den Baracken der Kriegsgefangenen wohnen sollten. Unter diesen Umständen hätten sämtliche Gewerkschaften sich geweigert, Arbeiter nach Frankreich zu senden. Da diese Fragen von äußerster Wichtigkeit für die Beurteilung der Kriegsgefangenenangelegenheit sind, so muß von der deutschen Regierung erwartet werden, daß sie sich nicht mit diesen dürftigen Mitteilungen begnügt, sondern der Oeffentlichkeit in ausführlicher Weise Mitteilung über ihre Vorschläge zum Wiederaufbau und der Ablösung deutscher Kriegsgefangener durch freiwillige deutsche Arbeitskräfte macht. Nur auf Grund dieses Materials wird man sich ein Urteil bilden können, ob die Verweigerung der Rückgabe der Kriegsgefangenen nicht nur schmerzhaft und traurig, sondern auch ungerechtfertigt und grausam ist.

Daß die französische Regierung zur Begründung ihrer ablehnenden Haltung Tatsachen anführen kann, die in ihrer formellen Berichtigung nicht bestritten werden können, ist nicht nur die Schuld unserer alldeutschen Heer, sondern auch der Regierung selbst. Die Verrentung der Flotte in Scapa Flow, von unseren Nationalisten jubelnd als Heldentat begrüßt, erspart jetzt die Verhandlungen über die Rücklieferung der Kriegsgefangenen. Das verbrecherische Abenteuer der baltischen Meereer und die langdauernde Untätigkeit der deutschen Regierung gegenüber dieser gegenrevolutionären Avantgarde gibt der Entente die Möglichkeit, an dem guten Willen der deutschen Regierung zur Durchführung des Waffenstillstandsvertrages zu zweifeln. Die Hebe, die die alldeutsche Presse zur Freizügung einer Revolutionsstimmung und Wiedergewinnung Elb-Notdringens inszeniert, erspart gleichfalls das Los unserer Kriegsgefangenen.

Kommt also, wie die Note Clemenceaus beweist, die Hauptschuld für die weitere Zurückbehaltung unserer Kriegsgefangenen auf das Konto unserer alldeutschen Heer, tragen diejenigen, die in Vaterlandsliebe ureigens gepöbeln haben, mit ihrer Wahnsinnspolitik die Schuld daran, daß unsere geliebten Brüder noch länger leiden müssen. So ist auch die

## Monarchistischer Rabau in Potsdam.

### Die Kirche im Bunde mit den Nationalisten.

In Potsdamer Monarchisten haben am Sonntag eine große nationalistische Demonstration veranstaltet. Um der Sache einen heiligen Anseh zu geben, feierten sie eine Totenfeier für die im Weltkrieg Gefallenen. Diese Feier fand in der Potsdamer Garnisonkirche statt. Dr. Kump von der Heiligen-Geist-Kirche Berlin bestrich zuerst die Mängel zu einer "geistlichen" Anrede. Er legte ein unerwartetliches Verbotnis zur Monarchie ab, erob für die versammelte Gemeinde den Schwurfinger, um mit ganzer Seele die Rückkehr der Monarchie zu fördern. Darauf nahm Lubendorff, der Leichenredner des deutschen Volkes, das Wort und rief mit dröhnender Stimme aus, daß kein Volk zum Geiste des Preudentums zurückkehren müsse, wenn nicht kann auch wieder zur Sonne stehen werde. Am Schluß seiner Rede sprang plötzlich ein Selbstmörder auf und donnerte durch das Gotteshaus: "Denn die Stunde kommt, General Lubendorff, dann folgen wir Ihnen wie die Heiden!" Die Gemeinde stand auf und sang das Lied "Deutschland, Deutschland über alles!" Dann forderte der Pfarrer die Versammelten noch einmal auf, sich zusammenzuschließen, um eine vom Volkswillen getragene Monarchie zu schaffen. Als Lubendorff die Kirche verließ, wurden die Tische auf die Gelände von Amerongen, den sogenannten Kaiser, ausgebracht. Die ganze Feier war großartig organisiert. Das Potsdamer Militär zog in Gruppen mit Stahlhelmen zur Kirche. Auch in zahlreichem Maße wurden die Soldaten zur Feier beordert.

## Niederträchtliches Treiben.

In der österreichischen Nationalversammlung hat Genosse Ficko Bauer die Regierung gefragt, ob sie bereit sei, bei der bevorstehenden Regierungsvorstellung über das völkerrichtsrechtliche und verbrecherische Treiben ihrer Organe auf österreichischem Boden zu stehen und von der bayerischen Regierung die Ausweisung Maximilian Sannelleros zu verlangen. Es handelt sich um folgendes: Sanneller war in der Münchener Räterepublik Finanzminister, wurde nach dem Sturz der Räterepublik verhaftet und

flach nach Deutsch-Oesterreich. Dort wurde ihm nach ordnungsgemäßer Anstöße Asylrecht gewährt. Schneller nahm seinen Wohnsitz in Tirol. Von dort ist er von den Truppen des bayerischen Freikorps Epp und zwei deutsch-österreichischen Gendarmen verschleppt worden und befindet sich jetzt im Landgerichtsgefängnis Kompton im Alpin. Genosse Bauer verlangte strengste Untersuchung und bei Bestätigung dieses Tatbestandes Bestrafung der österreichischen Gendarmen wegen Verbrechen des Menschenraubes und eine nachdrückliche Forderung an die bayerische Regierung auf Auslieferung Schnellers.

## Der Oberste Rat gegen die Reise Simons.

H. N. Paris, 25. November.

Der Oberste Rat hat beschlossen, an die deutsche Abordnung eine Mitteilung zu richten, in der die ganze Verantwortung für die Verzögerung des Friedensabkommens, die durch die Rückkehr des Herrn von Simons verursacht wurde, Deutschland zugeschoben wird.

Der Oberste Rat erhielt die Mitteilung, daß Sir George Clark aus Budapest nach Paris zurückgekehrt sei, weil seine Aufgabe dort erledigt ist. Der Rat hat schließlich eine Untersuchung im Zusammenhang mit der Demobilisation in dem Ungarnumgebiet eingeleitet.

## Neuwahl des Fraktionsvorstandes der U. S. P.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in der Nationalversammlung hat gestern abend ihren Vorstand neu gewählt. Friedrich Erber und H. Henke zu Vorsitzenden, Luise Bloch und Bernhard Düwelle zu Schriftführern und Paul Brühl zum Kassierer.

## Ein Hilferuf der Reichsdeutschen in Wien.

Die reichsdeutsche Presse in Wien hat an die deutschen Regierungsbehörden ein Telegramm gerichtet, in dem unter Berufung auf die besondere Kollage der in Deutsch-Oesterreich lebenden Reichsdeutschen die Einleitung einer sofortigen Hilfsaktion erbeten wird.









